



PROTOKOLLAUSZUG

zum

AUSSCHUSS FÜR BAUEN, TECHNIK UND UMWELT

am Donnerstag, 03.12.2009

ÖFFENTLICH

TOP 1	Ziel der Haushaltskonsolidierung für den Haushaltsplan 2010 (Vorberatung)	Vorl.Nr. 515/09
-------	---------------------------------------------------------------------------------	-----------------

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** verweist auf die abweichende Beschlussfassung des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung vom 01.12.2009 und kündigt an, auf eine nochmalige Abstimmung in der heutigen Sitzung verzichten zu wollen.

Das Gremium verzichtet auf Sachvortrag und Aussprache und stimmt dem Verfahrensvorschlag einmütig zu.

TOP 2	Haushaltsplan 2010 und Finanzplanung mit Investitionsprogramm 2009-2013 - Beratung in den beschließenden Ausschüssen - Beratung und Entscheidung über Anträge zum Haushaltsplan usw. (Vorberatung) (Anträge werden nachgereicht)	Vorl.Nr. 446/09
-------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------

Beratungsverlauf:

Einleitend verweist Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) auf den dem Gremium vorliegenden Haushaltsplanentwurf 2010, den Entwurf der Finanzplanung mit Investitionsprogramm 2009 bis 2013, Vorl. Nr. 446/09 und 447/09, sowie das Änderungsverzeichnis zum Haushaltsentwurf. Sodann erläutert er die weitere Vorgehensweise zur Beratung. An Hand des dem Gremium vorliegenden Fahrplanes für den Verwaltungshaushalt würden heute die Budgets und Unterabschnitte des Dezernats III mit den dazugehörigen Fachbereichen beraten. In diesem Zusammenhang würden auch die dem Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt zugeordneten Konsolidierungsvorschläge der Verwaltung sowie die Haushaltsanträge der Fraktionen angesprochen (siehe Tagesordnungspunkte 2.3 bis 2.17). Die Beratung der Positionen des Vermögenshaushaltes und der hierzu gehörigen Konsolidierungsvorschläge und Anträge werde analog zum heutigen Vorgehen in der Sitzung am 10.12.2009 erfolgen.

Auf Anfrage von Stadtrat **Noz** berichtet OBM **Spec**, dass im Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und

Protokollauszug Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt 03.12.2009

Verwaltung am 01.12.2009 bereits über einige Anträge beraten und entschieden worden sei. Ziel sei es gewesen, vor den Beratungen in den Fachausschüssen das durch zusätzliche Einsparvorschläge zu erzielende Verfügungsvolumen zu ermitteln. Dies belaufe sich derzeit auf rund 100 000 €. Auf Wunsch des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt könne bei Bedarf aber nochmals diskutiert und abgestimmt werden. Bei unterschiedlichen Beschlussempfehlungen werde der Gemeinderat entscheiden. Auf nochmalige Nachfrage des Stadtrates bestätigt OBM Spec, dass gegebenenfalls auch einzelne Anträge im Gemeinderat erneut diskutiert werden könnten, dabei solle es sich aber aus Gründen der Sitzungsökonomie möglichst um Einzelfälle handeln.

Herr **Kohler** (FB Tiefbau und Grünflächen) geht auf Bitte von Stadträtin **Schübler** kurz auf den Konsolidierungsvorschlag 67/07, Schließung Aufzüge Franck-Steg, ein. Der Betrieb der Aufzüge solle ab Januar eingestellt werden. Durch das Westportal habe man nun auch aus Richtung Westen einen behindertengerechten Zugang zu den Bahngleisen, wodurch die Aufzugsanlage Franck-Steg überflüssig werde. Letztere werde dann völlig stillgelegt, aber vorerst nicht ausgebaut. Ein kurzfristiger Einsatz, beispielsweise für den Fall eines Defekts der Anlagen im Bahnhof, komme auf Grund der hierfür erforderlichen Prüfung durch den TÜV nicht mehr in Frage.

Zum Konsolidierungsvorschlag 67/14, Ausdehnung der Parkraumbewirtschaftung, kündigen Herr **Kiedaisch** und Herr **Kurt** (FB Stadtplanung und Vermessung) an, dass derzeit eine Bewirtschaftung der Bärenwiese geprüft werde. Ein Bericht im Gremium sei für das 1. Quartal 2010 geplant.

TOP 2.1

Vorl.Nr. 447/09

Beratungsverlauf:

Zum Beratungsverlauf siehe TOP 2.

TOP 2.2

Vorl.Nr. 523/09

Beratungsverlauf:

Zum Beratungsverlauf siehe TOP 2.

Beratungsverlauf:

- UA 0030 – Sachverständigenkosten – Einsparung 3 000 €
Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) begründet die Notwendigkeit des Haushaltsansatzes und berichtet, dass der Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung am 01.12.2009 den Antrag aus diesem Grunde abgelehnt habe.

Das Gremium verzichtet auf eine erneute Abstimmung.
- UA 0660 – Gebäudereinigung: Porto, Internet, Dienstreisen – Einsparung 3 000 €
Herr **Kiedaisch** informiert darüber, dass der Antrag im Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung am 01.12.2009 zurückgezogen worden sei.
- UA 6010 – Hochbau: Dienstreisen, Fortbildung reduzieren – Einsparung 10 000 €
Die Verwaltung sagt zu, bis zur Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung am 08.12.2009 eine Zusammenstellung und Aufschlüsselung der Kosten vorzulegen.
- UA 6500 – Unterhaltung von Brücken an Kreisstraßen reduzieren – Einsparung 5 000 €
- UA 6600 – Unterhaltung von Unterführungen an Bundesstraßen reduzieren – Einsparung 10 000 €
Herr **Kiedaisch** informiert darüber, dass die Anträge im Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung am 01.12.2009 zurückgezogen worden seien.
- UA 7500 – Reduktion Zuschussbedarf Bestattungswesen – Einsparung 300 000 €
Herr **Kiedaisch** gibt bekannt, im Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung am 01.12.2009 habe man sich darauf verständigt, eine Verbesserung um 120 000 € anzustreben. Dies werde auch im Änderungsverzeichnis entsprechend dargestellt.

Beschluss:

Der fahrgastbezogene Zuschuss beim ÖPNV wird nicht ausgesetzt (S. 123, 1.7920.7180.000 bzw. Haushaltskonsolidierung 60/06).

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 5 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen abgelehnt.

Ja 5 Nein 10 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

Stadtrat **Gericke** plädiert dafür, den ÖPNV-Zuschuss weiter zu gewähren, da ein Aussetzen hinsichtlich der Themen Lärm und Luftschadstoffe kontraproduktiv sei.

OBM **Spec** und Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) geben zu bedenken, dass der Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung in seiner Beratung am 01.12.2009 lediglich 100 000 € an zusätzlichen Einsparungen beschlossen habe. Bevor man über eventuelle Mehrausgaben nachdenken könne, müsse zunächst die entsprechende Verfügungsmasse vorhanden sein.

OBM **Spec** lässt über den Antrag Vorl. Nr. 590/09 abstimmen.

TOP 2.5

Haushaltsplan 2010 mit Finanzplan -
Änderungen/Gesamtübersicht
- Antrag der FW-Fraktion vom 25.11.2009

Vorl.Nr. 575/09

Beratungsverlauf:

- UA 6100 – Kürzung Städtebauliche Planung – Kürzung 55 000 €
Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) berichtet, der Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung habe am 01.12.2009 diesen Antrag bereits abgelehnt.

Auf Wunsch von Stadtrat **Noz** lässt OBM **Spec** nochmals über den Antrag abstimmen.

Der Antrag wird auch im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt mit 6 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen abgelehnt.

- UA 6300 – Aufstockung Straßenbauunterhaltungsmittel – Mehrausgaben 475 000 €
Stadträtin **Schneller** erklärt, in den letzten Jahren sei bei diesem Ansatz schon deutlich gekürzt worden. Bei einer erneuten Kürzung stehe zu befürchten, dass später umfangreiche und noch teurere Generalsanierungen erforderlich würden.

Stadtrat **Kirnbauer** ergänzt, er sehe es als Stadtrat als seine Aufgabe, Schaden von der Stadt abzuwenden. Kürze man heute die Unterhaltungsmittel nehme man in Kauf, dass sich ein Rückstau aufbaue und man in einigen Jahren noch größere Investitionen zu tätigen habe. Die FW-Fraktion habe für 2010 daher Vorschläge zur Gegenfinanzierung der zusätzlichen Unterhaltungsmittel gemacht, die leider abgelehnt worden seien.

OBM **Spec** bestätigt den Rückstau bei Straßenunterhaltungsmaßnahmen. Allerdings habe man die Mittel hierfür in der Vergangenheit eher aufgestockt als gekürzt und zusätzlich jährlich mindestens einen Straßenabschnitt komplett ausgebaut und über den Vermögenshaushalt finanziert. Diesen Weg der kontinuierlichen Verbesserungen wolle man auch in finanziell

schlechteren Zeiten weiter beschreiten, wenn auch mit reduzierten Mitteln. Da die Gegenfinanzierungsvorschläge wie von Stadtrat Kirnbauer eingeräumt abgelehnt worden seien, sei eine Erhöhung der Straßenbaumittel finanziell nicht darstellbar. Sodann lässt er über den Antrag abstimmen.

Der Antrag wird mit 4 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen abgelehnt.

TOP 2.6

Folgekosten von Bebauungsplänen
- Antrag der Fraktionsgemeinschaft LUBU/Die
Linke vom 25.11.2009

Vorl.Nr. 625/09

Beschluss:

Die Folgekosten von Bebauungsplänen für den städtischen Haushalt (Kindererziehungs- und Betreuungseinrichtungen, Abwasserbehandlungsanlagen, Straßenbau usw.) werden den Stadträten spätestens vor dem Satzungsbeschluss als eine Entscheidungsgrundlage vorgelegt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 4 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen abgelehnt.

Ja 4 Nein 11 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

Herr **Kurt** (FB Stadtplanung und Vermessung) bestätigt die grundsätzliche Relevanz des Themas, hält jedoch eine Kopplung der Folgekosten an das Instrument des Bebauungsplanes für nicht sinnvoll, da die Folgekosten zu diesem Zeitpunkt nicht zuverlässig abschätzbar seien.

OBM **Spec** gibt zu Bedenken, dass für eine einigermaßen zuverlässige Berechnung auch künftig zu erwartende Einnahmen aus dem Bebauungsplan, beispielsweise die Steuern der neuen Einwohner, gegengerechnet werden müssten. Da dies ebenfalls nicht absehbar sei, verringere sich die Aussagekraft der Folgekostenrechnung nochmals deutlich. Zudem stehe der zusätzlich erforderliche administrative Aufwand in einem krassen Gegensatz zum dem ambitionierten Kurs, den die Verwaltung bei den geplanten Stellenreduzierungen zu fahren gedenke. Dieser sei nur bei gleichzeitiger Aufgabenkritik möglich, nicht jedoch, wenn wie von der Fraktionsgemeinschaft LUBU/Die Linke beantragt zusätzliche Aufgaben hinzu kämen.

Stadträtin **Burkhardt** erläutert, dass es ihr lediglich um eine grobe Einschätzung der Folgekosten und nicht um eine Detailberechnung gehe. Erstere sei jedoch eine wichtige Entscheidungsgrundlage.

Die Stadträte **Noz** und **Gericke** erklären, sie unterstützen den Antrag auf Erstellung einer groben überschlägigen Berechnung.

Die Stadträte **Haag** und **Griesmaier** hingegen sind der Ansicht, dass die Folgekosten von Bebauungsplänen zum Zeitpunkt des Satzungsbeschlusses seriös nicht zu ermitteln seien. Die unstrittig notwendigen Informationen wie beispielsweise Erschließungskosten seien zudem im Bebauungsplan ohnehin bereits enthalten.

OBM **Spec** lässt über den Antrag Vorl. Nr. 625/09 abstimmen.

TOP 2.7	Zusammenstellung der für Tempo-30-Zonen geeigneten Straßen - Antrag der Fraktionsgemeinschaft LUBU/Die Linke vom 25.11.2009	Vorl.Nr. 629/09
---------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** berichtet, die Verwaltung arbeite bereits intensiv an einem Lärmaktionsplan, in dem auch Geschwindigkeitsbegrenzungen thematisiert würden und der im 1. Quartal 2010 ohnehin im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt vorgestellt werde. Er wolle den Antrag Vorl. Nr. 629/09 in diesem Zusammenhang behandeln.

Herr **Kurt** (FB Stadtplanung und Vermessung) weist ergänzend auf die Vorl. Nr. 246/03 hin, in welcher der Antrag bereits abgehandelt worden sei. Die Rechtslage habe sich seither nicht verändert.

Stadtrat **Kirnbauer** beantragt, über die Verweisung des Antrags in die Beratungen zum Lärmaktionsplan abzustimmen.

Das Gremium stimmt der Verweisung mit 13 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zu.

TOP 2.8	Gestaltungssatzung für den historischen Teil der Kernstadt Ludwigsburg - Antrag der Fraktionsgemeinschaft LUBU/Die Linke vom 25.11.2009	Vorl.Nr. 626/09
---------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------

Beratungsverlauf:

Herr **Kurt** (FB Stadtplanung und Vermessung) verweist darauf, dass sowohl die bereits beschlossene Sondernutzungs- als auch die zeitnah neu zu fassende Werbesatzung gestalterische Elemente beinhalteten, die eine zusätzliche Gestaltungssatzung obsolet machten. In jedem Fall müsse zunächst und vordringlich die Werbesatzung angegangen werden.

OBM **Spec** erklärt, mit dem von Herrn Kurt beschriebenen Vorgehen befinde man sich auf dem richtigen Weg. Er kündigt an, über eine zusätzliche Bearbeitung des Antrags Vorl. Nr. 626/09 abstimmen zu wollen.

Der Antrag wird daraufhin von Stadträtin **Burkhardt** zurückgezogen.

Beratungsverlauf:

Die Verwaltung sagt zu, im 1. Quartal 2009 zu berichten und entsprechende Listen vorzulegen.

Beschluss:

Im städtischen Haushaltsplan 2010 sollen die Ausgaben für Gebäudeunterhaltung nur um 224.000 € (statt 448.000 €) gesenkt werden – keine Verschiebung von Wand- und Deckenanstrichen sowie Fußbodenerneuerung in Schulen und Kindergärten. Damit entfällt eine Ausgabeneinsparung von 224.000 € im Jahr 2010.

(Unterabschnitt 1.6011; Konsolidierungsvorschlag 65/01 der Stadtverwaltung vom 18.11.09)

Die zusätzliche Haushaltsbelastung durch den Antrag beträgt 224.000 €.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 3 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen abgelehnt.

Ja 3 Nein 12 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** erläutert, die für 2010 vorgesehenen Reduzierungen bei der Gebäudeunterhaltung bewegten sich noch in einem vertretbaren Rahmen. Die Stadt setze weiterhin erhebliche Mittel für den Gebäudeunterhalt ein, vor allem, da viele Maßnahmen so umfangreich seien, dass diese über den Vermögenshaushalt abgewickelt würden. Klar sei zudem, dass die Reduzierungen im Verwaltungshaushalt in den Jahren nach 2010 wieder schrittweise zurückgenommen werden sollten.

Stadtrat **Gericke** stellt klar, seine Fraktion wolle verhindern, dass man durch Sparmaßnahmen eventuell schwerwiegendere Schäden in Kauf nehme. Statt beim Gebäudeunterhalt an der falschen Stelle einzusparen sollten besser die Mittel für bewegliche Anschaffungen reduziert werden. Wichtig sei ihm in jedem Fall zu wissen, welche Maßnahmen in welchen Objekten der Reduzierung zum Opfer fallen sollten.

Stadträtin **Liepins** erklärt, angesichts der Haushaltslage und der fehlenden Einsparvorschläge aus dem Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung wolle sie den von der Verwaltung vorgeschlagenen Weg mitgehen, obwohl sie dringenden Bedarf bei der Gebäudeunterhaltung und insbesondere bei den Schulen sehe.

OBM **Spec** stellt den Antrag Vorl. Nr. 599/09 zur Abstimmung. Er sagt trotz der Ablehnung des Antrages zu, bis zur kommenden Sitzung des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt am 10.12.2009 eine Liste vorzulegen aus welcher hervorgehe, welche Objekte von der Senkung der Ausgaben betroffen seien.

TOP 2.11	Städtischer Strombezug wird 100% ökologisch - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 25.11.2009	Vorl.Nr. 604/09
----------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	------------------------

Beratungsverlauf:

Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) berichtet, der aktuelle Liefervertrag laufe noch bis Ende des Jahres 2010. Er sagt einen Bericht im Gremium für das 1. Quartal 2010 zu. In diesem Zusammenhang wolle er dann auch einen Vorschlag für das Vorgehen ab 2011 unterbreiten.

Der Antrag Vorl. Nr. 604/09 ist damit erledigt.

TOP 2.12	Bericht zu Anwendungsmöglichkeiten des Keller- Blockheizkraftwerks - Antrag der Fraktionsgemeinschaft LUBU/Die Linke vom 25.11.2009	Vorl.Nr. 630/09
----------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	------------------------

Beratungsverlauf:

Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) sagt einen Bericht im Gremium für das 1. Quartal 2010 zu.

TOP 2.13	Kinderspielplätze - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 25.11.2009	Vorl.Nr. 588/09
----------	---------------------------------------------------------------------------------------------	------------------------

Beschluss:

Im städtischen Haushaltsplan 2010 sollen die Ausgaben für die Kinderspielplätze nicht gekürzt werden. Damit entfällt eine Ausgabeneinsparung von 70.000 € im Jahr 2010.
(Unterabschnitt 1.5800; Konsolidierungsvorschlag 67/11 der Stadtverwaltung vom 18.11.09)

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 3 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen abgelehnt.

Ja 3 Nein 12 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

Herr **Kohler** (FB Tiefbau und Grünflächen) stellt dar, dass die vorgeschlagenen Einsparungen zum einen durch eine in Absprache mit dem FB Technische Dienste Ludwigsburg entwickelte Pauschalierung der Reinigungsaufträge anstelle einer stundenweisen Abrechnung erzielt werden könnten. Zum anderen sei es Ziel, ehrenamtliche Paten für die einzelnen Spielplätze zu gewinnen. Das Jahr 2010 sei als Testphase vorgesehen um zu sehen, ob dieser Ansatz zum gewünschten Ergebnis führe.

OBM **Spec** hebt hervor, oberstes Ziel sei es weiterhin, den Ludwigsburger Kindern und den Bürgerinnen und Bürgern sichere, saubere und attraktive Spielplätze anbieten zu können. Auf Nachfrage der Stadträtin **Liepins** bestätigt er, dass es keine Garantien für das erfolgreiche Gelingen des von Herrn Kohler vorgestellten Ansatzes gebe. Außergewöhnliche Situationen erforderten es jedoch, dass man auch neue Wege beschreite. Gegebenenfalls müsse im Lauf des Jahres 2010 entsprechend gegengesteuert und nach anderen Alternativen gesucht werden.

Sodann stellt OBM **Spec** den Antrag Vorl. Nr. 588/09 zur Abstimmung.

TOP 2.14

Pflege Biotope
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 25.11.2009

Vorl.Nr. 589/09

Beschluss:

Im städtischen Haushaltsplan 2010 sollen die Ausgaben für die Pflege von Biotopen nicht gekürzt werden. Damit entfällt eine Ausgabeneinsparung von 6.500 € im Jahr 2010.
(Unterabschnitt 1.5800; Konsolidierungsvorschlag 67/05 der Stadtverwaltung vom 18.11.09)

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 3 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen abgelehnt.

Ja 3 Nein 12 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

Herr **Kohler** (FB Tiefbau und Grünflächen) betont, dass es sich bei der vorgeschlagenen Reduzierung des Ansatzes um eine einmalige Option handle. Um die ökologische Bedeutung der

Protokollauszug Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt 03.12.2009

Biotope zu erhalten, müsse der Ansatz in den Folgejahren eingehalten werden. Für 2010 baue er auf die Unterstützung ehrenamtlich Engagierter.

OBM **Spec** ruft den Antrag Vorl. Nr. 589/09 zur Abstimmung auf.

TOP 2.15

Brunnen in Stadtteilen weiter betreiben
- Antrag der CDU-Fraktion vom 25.11.2009

Vorl.Nr. 551/09

Beschluss:

Alle Brunnenanlagen – auch in den Stadtteilen – werden weiterhin betrieben.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 3 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen abgelehnt.

Ja 3 Nein 12 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** weist auf die ökologische und finanzielle Komponente des Brunnenbetriebes hin und führt beispielhaft den Marktbrunnen an, der mit Trinkwasser betrieben werde, da er keine Brunnenstube habe. Es gehe nicht darum, einseitig die Brunnen in den Stadtteilen abzustellen, sondern im Gesamtzusammenhang eine Lösung zu suchen, wie die notwendigen Einsparungen realisiert werden könnten. So sei es alternativ eventuell auch denkbar, die Betriebszeiten der Brunnen stadtweit zu verkürzen. Da die Thematik äußerst komplex sei, erfordere dies aber zunächst eine detaillierte Prüfung.

Stadtrat **Rebholz** vertritt den Standpunkt, dass es nicht zu einer Schieflage zwischen Stadtteilen und Innenstadt kommen dürfe. Es könne nicht sein, dass in ersteren die Brunnen abgeschaltet würden, während gleichzeitig im Haushalt ein Mehrbedarf für die Sprudler in der Asperger Straße eingeplant werde.

Stadträtin **Burkhardt** ruft ins Gedächtnis, dass der Marktplatzbrunnen bis zum Anfang des letzten Jahrhunderts durch eine natürliche Quelle aus der Weststadt gespeist worden sei. Auch solche Alternativen müssten in Betracht gezogen werden.

OBM **Spec** betont nochmals, dass er eine Stilllegung der Brunnen in den Stadtteilen und eine Beibehaltung des Status quo in der Innenstadt nicht befürworte. Das übergeordnete Einsparziel solle jedoch weiter verfolgt werden. Sodann stellt er den Antrag Vorl. Nr. 551/09 zur Abstimmung. Die Beschlussfassung solle unter der Maßgabe erfolgen, dass im 1. Quartal 2010 im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt beraten werde, wie man durch einen Maßnahmenmix ohne einseitige Belastungen die Einsparungen realisieren könne.

Beratungsverlauf:

Stadtrat **Gericke** begründet den Antrag damit, dass in den letzten Jahren der Haushaltsansatz nicht voll ausgeschöpft worden sei und daher gekürzt werden könne.

Herr **Kohler** (FB Tiefbau und Grünflächen) informiert darüber, dass Mittel für die Beschilderung auf drei verschiedene Haushaltspositionen getrennt nach Bundes-/Kreis- und Gemeindestraßen veranschlagt seien. Insgesamt sei das Gesamtbudget ausgeschöpft. Eine Reduzierung sei zudem nicht möglich, da zwingende Beschilderungsvorgaben von der Polizei und vom FB Sicherheit und Ordnung erfüllt werden müssten.

OBM **Spec** sagt zu, falls sich im Vollzug des Haushalts im Jahr doch noch Einsparpotentiale ergäben, würden diese selbstverständlich umgesetzt.

Das Gremium erklärt den Antrag mit diesen Erläuterungen einmütig für erledigt.

Beratungsverlauf:

Die Verwaltung sagt einen Bericht für das 1. Quartal 2010 zu.

Beratungsverlauf:

Zum Beratungsverlauf siehe TOP 3.1.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, den Rechtsplanentwurf zum Bebauungsplan „Neckarterrasse“ Nr. 113/21 auf Basis des veränderten Planungskonzeptes vom 02.12.2009 auszuarbeiten und dem Gremium zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 2 Enthaltungen angenommen.

Ja 11 Nein 1 Enthaltung 2

Beratungsverlauf:

BM **Schmid** informiert über das Ergebnis des vom Stadtteilausschuss beantragten Anliegergesprächs am 26.11.2009. Auf der Basis eines ehemaligen Planungskonzeptes vom 06.11.1990 sei ein Vorschlag entwickelt worden, der den Anliegen der Anwohner noch besser Rechnung trage. Die Bebauung der Spitzäcker werde durch eine Reihen- oder Doppelhausbebauung homogener fortgesetzt. Dadurch könne der Lärmschutzwall entlang der L 1100 um das Retentionsbecken herumgeführt und zur Verbesserung der Fußanbindung gegebenenfalls auch unterbrochen werden. Auch werde noch geprüft, ob der Wall näher an die L 1100 und damit weiter weg von der vorhandenen Bebauung gerückt werden könne. Da dies aber wahrscheinlich zusätzliche Kosten verursachen werde, müsse gegebenenfalls das Gremium hierüber entscheiden. Abschließend verleiht BM Schmid seiner Hoffnung Ausdruck, dass auf dieser Grundlage ein verändertes Planungskonzept entwickelt werden könne, das sowohl Anwohner als auch Verwaltung mittragen könnten.

Das Gremium vertritt einmütig die Auffassung, dass sich das zusätzliche Gespräch mit den Anliegern der Spitzäcker gelohnt habe. Durch den neu entwickelten Vorschlag befinde man sich auf einem guten Weg. An diesem gelte es nun zügig weiterzuarbeiten.

Stadträtin **Burkhardt** betont, dass sie zwar die einmütige Auffassung des Gremiums teile, dem heutigen Beschlussvorschlag aber trotzdem nicht zustimmen könne, da ihre Fraktionsgemeinschaft LUBU/Die Linke das Neubaugebiet grundsätzlich ablehne.

BM **Schmid** lässt daraufhin über die Vorl. Nr. 637/09 abstimmen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, dem Mobilfunkbetreiber O₂ als Alternativstandort für eine Mobilfunkanlage ein Grundstück nordöstlich der Sportplätze anzubieten, wenn damit die Realisierung der beantragten Mobilfunkanlage auf dem Grundstück Steinheimer Straße 48 abgewendet werden kann.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung einstimmig angenommen.

Ja 13 Nein 0 Enthaltung 1

Beratungsverlauf:

Herr **Mayer** (FB Bürgerbüro Bauen) erinnert mit Verweis auf die Vorl. Nr. 524/09 kurz an die die bisherigen Beratungen über den Bauantrag, stellt die möglichen Standorte der Sendeanlage an Hand von Plänen dar und informiert über den Stand der Verhandlungen mit dem Mobilfunkbetreiber. Er stellt weiter die rechtlichen Hintergründe dar und bittet das Gremium um Zustimmung, damit die Verwaltung mit dem dargestellten Alternativstandort in die weiteren Gespräche gehen könne.

Das Gremium ist übereinstimmend der Auffassung, dass der Standort am Ortseingang ortsbildprägend sei und deshalb vermieden werden müsse. Da ohnehin keine andere Möglichkeit in Frage komme als der vorgeschlagene Alternativstandort solle die Verwaltung diesen dem Betreiber anbieten.

Herr **Klotz** vertritt für den Stadtteilausschuss Poppenweiler dieselbe Ansicht. Wenn man schon um einen Masten nicht herumkomme, solle dieser wenigstens nicht am Ortseingang stehen.

Sodann beantwortet Herr **Mayer** Fragen des Gremiums zu potentiellen Konflikten des Alternativstandorts mit einer möglichen späteren Sporthalle und zum Abstand zum Kinder- und Familienzentrum. Er sagt zu, sich bei den Mobilfunkbetreibern dafür einzusetzen, dass neben O₂ auch andere Anbieter den Mast mitbenutzten und keine zusätzlichen Anlagen errichteten.

BM **Schmid** lässt auf diesem Hintergrund über die Vorl. Nr. 524/09 abstimmen.